

„Ich habe das Wort `Europa´ immer nur im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Nutzen nicht zu fordern wagten. Der viel mißbrauchte Begriff `Europäische Interessen´ wird uns nicht verleiten dürfen, der Deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt.“

Otto von Bismarck

Gedanken zur Geschichte und Zukunft Europas

Stephan Ehmke

Europa = Europäische Union = Brüsseler Bürokratiemoloch. Mein Politikprofessor an der Universität sprach stets vom „Europaschwindel“ um uns Studenten etwas drastisch klar zu machen, wie unsinnig vorstehende Gleichung ist. Europa existierte vor den „Römischen Verträgen“ und wird existieren, wenn sie lange vergessen sind. Eine zweitausendjährige christlich-abendländische Tradition benötigt keine bürokratische Vergewisserung, die auf 20.000 Schreibmaschinenseiten niedergelegt ist und sich „Verfassung“ nennt. Es gibt kein Europäisches Volk, sondern eine Europa der Völker, ein Europa der Vaterländer.

Bundeskanzlerin Merkel, amtierende europäische Ratspräsidentin, stellte immerhin klar: das Ziel der Europäischen Einigung sei kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund. So weit so gut. Doch wie sieht die Realität aus?

In neoabsolutistisch - zentralistischer Manier greift die Brüsseler Verordnungswut bis in die kleinsten Bereiche der Staaten und privaten Belange ihrer Bürger ein. Das Bonmot, daß die Zehn Gebote 279 Wörter zählen, EU-Verordnung über den Import von Karamel-Bonbons von 1981 aber aus 25.911 Wörtern besteht, ist längst ein Klassiker geworden, der eine bittere Realität widerspiegelt. Das in den EG-Verträgen festgelegte Prinzip der „Subsidiarität“ ist heute nicht mehr als eine Lachnummer.

Bestenfalls gilt es noch, wenn es ans Zahlen geht. Deutschland gibt sich dabei, ähnlich wie im Bereich der Entwicklungshilfe, großzügig, selbstverständlich „aus historischen Gründen“. Haben Sie´s gewußt? Der deutsche Beitrag zum EU-Haushalt wird sich bis 2013 auf rund 40 Milliarden Euro jährlich nahezu verdoppeln. Statt acht Prozent des Bundeshaushalts muß dann der deutsche Finanzminister über zehn Prozent seines Etats nach Brüssel abdrücken. Und was kommt zurück? Immer weniger. Wegen der niedrigen Wirtschaftskraft der osteuropäischen Neumitglieder werden die bisher von Brüssel mit Subventionen bedachten Regionen in Mitteldeutschland statistisch als nicht mehr bevorzugt förderungswürdig ausgewiesen. Der deutsche Nettobeitrag wird entsprechend anschwellen. Dabei sind noch nicht einmal die massiven finanziellen Auswirkungen des EU-Beitritts von Rumänien und Bulgarien oder gar eines späteren Türkei-Beitritts berücksichtigt. So was sagt man dem Bürger dann lieber doch nicht.

Derweil freuen sich die 785 Europaparlamentarier und 22.000 Brüsseler Beamte und Funktionäre ihres gutdotierten Lebens. Unter ihnen nicht wenige abgehalfterte Parlamentarier aus Deutschland - von Verheugen bis Beer -, denen ihre Parteien einen schönen Lebensabend verschaffen wollen. Ein Bürokratiemoloch, der sich auch ohne „Untertanen“ gut mit sich selber beschäftigen könnte.

Mein erwähnter Politikprofessor zitierte auch gerne das geflügelte Wort Lord Ismays, daß es in Europa nach 1945 darum ginge „Amerika drinnen, Rußland draußen und Deutschland unten“ zu halten. Ganz ist das nicht gelungen, dazu waren und sind die Deutschen ein zu tüchtiges Volk. Dennoch steckt darin Wahrheit: Nicht nur Thatcher und Mitterand hielten uns Deutsche für gefährlich und hätten die Teilwiedervereinigung 1989/90 lieber verhindert, doch der Strom der Geschichte riß sie mit fort. Was wirtschaftlich nicht ging, wurde dann vorsorglich auf militärischem Gebiet vollzogen: Deutschland wurde entmannt und seine Streitkräfte fremdem Kommando unterstellt. War die Bundeswehr im Kalten Krieg mit dem

zivilistischen Konzept der „Inneren Führung“ mehr oder weniger kampfunfähig gehalten worden und sollte dem Puffer für die sowjetischen taktischen Atomwaffen dienen, wird sie heute zur Legionärstruppe der Amerikaner degeneriert. Bismarck wußte: „*Die Sicherheit eines Staates beruht einzig und allein auf seinem Degen*“. Ein Staat ohne die Möglichkeit der Landesverteidigung unter souveränem eigenen Kommando ist schwach und erpreßbar. An diesem Grundprinzip hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert.

Die allgemeine Floskel dieser Tage lautet: „Zur Europäischen Einigung gibt es keine Alternative“. Als Begründung verwiesen wird dabei auf die leidvolle Geschichte zweier Weltkriege im vergangenen Jahrhundert. Mag sein, daß es so ist, wobei allerdings gerne unterschlagen wird, daß eine treibende Kraft dieser Tragödien eine außereuropäische Macht war. Ist der Brüsseler Weg gleichwohl ohne Alternative? Ganz sicher nicht.

Die Gestaltung des weiteren Weges eines geeinten Europa ist vom Grundkonsens der Handelnden in gewichtigen Grundfragen abhängig. An erster Stelle steht hier zweifellos das Bild von Europa als kultureller Einheit mit gemeinsamer Geschichte, Tradition und Werten. Der Begriff des „Christlichen Abendlandes“ ist einerseits als Identitätsstiftend nach innen, andererseits als abgrenzend nach außen zu neuer Bedeutung zu bringen.

Europa findet sich in der geistig-historischen Traditionslinie der klassischen Antike, des Christentums, des Humanismus und der Aufklärung wieder. Seiner kulturellen Abgrenzung gegenüber Afrika und Asien entspricht die geographische: So endet Europa beispielsweise am Bosporus und nicht irgendwo in der asiatischen Steppe.

Europa definiert sich innerhalb dieser kulturellen Einheit besonders durch seine Vielfalt der Völker und Nationen mit ihren eigenen Sprachen, Traditionen und Werten, Sitten und Gebräuchen bis hin in die unterschiedlichen Regionen des Kontinents. Die Bewahrung dieser Vielfalt, einschließlich des Schutzes völkischer Minderheiten, muß einer der Schwerpunkte europäischer Politik sein.

Das Verständnis von einem gemeinsamen Europa als Staatenbund muß durchgesetzt werden. Im Rückgriff auf das Wort De Gaulles vom „Europa der Vaterländer“ ist allen sozialistisch-zentralistischen Tendenzen klar entgegenzutreten. Die Entwicklung des modernen Nationalstaates hat auf europäischem Boden stattgefunden. Dieser Auffassung liegt die Erkenntnis zugrunde, daß der Mensch von Natur aus als soziales Lebewesen auf überschaubare Strukturen angewiesen ist, in denen er verwurzelt ist und in denen er sich sicher und geborgen fühlt. So ist und bleiben Ehe und Familie die

Grundbeziehungsgemeinschaften des Menschen, innerhalb derer alle wichtigen Lebensumstände geregelt werden. Der Familie entspricht auf der nächsten Ebene die Stammes- bzw. Volksgemeinschaft, dessen Mitglieder durch Abstammung, Sprache, Traditionen und ein gemeinsames historisches Schicksal verbunden sind. Diesen beiden Einheiten entsprechen unter Hinzutreten des geographischen und politischen Aspektes die Heimat und das Vaterland. Alles zusammen umfaßt der Begriff der Nation, die ihre Zusammengehörigkeit aus Abstammung, Sprache, Geschichte, Territorium und gemeinsamer politischer Ordnung - dem Staat - begründet.

Der Nationalstaat muß die entscheidende politische Bezugseinheit der europäischen Völker bleiben. Nur in seinem Rahmen sind grundlegende staatliche Aufgaben überhaupt zu verwalten wie innere und äußere Sicherheit, Bildung sowie soziale Absicherung und Lebensunterhalt der Familien. Schon heute müssen wir erkennen, daß ein zentralistischer Bürokratiemoloch in Brüssel mit diesen Aufgaben hoffnungslos überfordert ist.

Den regionalen politischen Ordnungen entsprechen die wirtschaftlichen. Der Europäische Binnenmarkt mit seinen uneingeschränkten Freizügigkeiten droht die gewachsenen kleinen und mittleren Wirtschaftskreisläufe zu zerstören. Insbesondere kleine und mittlere Wirtschaftsunternehmen gehören zu den Verlierern dieser Entwicklung. Durch ihre regionale Verwurzelung haben sie kaum Chancen, sich gegen die Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft zur Wehr zu setzen. Den Nationalstaaten sind daher

protektionistische Mittel, wie Einfuhrzölle oder Subventionsmöglichkeiten, in angemessener und begrenzter Form wieder in die Hand zu geben. Der Konsum der EU-Bürger muß sich erneut vermehrt an den regionalen Märkten orientieren. Waren, die im eigenen Lande, vor Ort produziert werden können, sollen auch dort verkauft werden können. Dies gilt auch für Lebensmittel. Es ist unverständlich, warum beispielsweise Mineralwasser aus Südfrankreich quer durch den Kontinent nach Norddeutschland kutschiert wird und dafür Aufpreise für Autobahnfahrten und Zeitverluste durch Staus fällig werden. Zweifellos wird hierzu ein verändertes Bewußtsein der Verbraucher vonnöten sein. Vielleicht müssen wir alle wieder lernen, daß es nicht unbedingt notwendig ist, zu jeder Jahreszeit alle Sorten von Obst und Gemüse unbegrenzt zur Verfügung zu haben.

Angesichts der durch die Effekte der Globalisierung zu erwartenden Massenmigrationen aus den Ländern der Dritten Welt wird der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung eine Schlüsselrolle zukommen. Es gilt, die kulturelle Identität Europas gegen eine Überfremdung aus Asien und Afrika zu schützen. Schon heute sind die Folgen der Entstehung von Parallelgesellschaften in vielen Ländern Westeuropas unübersehbar. Schauen wir z.B. nach Frankreich, so erschrecken uns die jedes Jahr wiederkehrenden Ausschreitungen nordafrikanischer Zuwanderer. Zuwanderung aus der Dritten Welt findet in erster Linie in die ohnehin überlasteten Sozialsysteme der westlichen Staaten statt. Die daraus resultierenden Verteilungskämpfe gefährden in steigendem Maße den sozialen Frieden dieser Länder. Zuwanderung muß daher konsequent am nationalen Interesse der aufnehmenden Staaten ausgerichtet werden. Dies betrifft sowohl die Arbeitsmigration als auch das Asylrecht. Letzteres muß auf die Kerngründe der politischen Verfolgung beschränkt bleiben. Das individuelle Asylrecht ist dabei durch ein institutionelles zu ersetzen, wobei den Behörden des aufnehmenden Staates das letzte Entscheidungsrecht über die Anerkennung vorbehalten bleiben muß. Insgesamt ist an Zuwanderer die Forderung einer nachhaltigen Integration zu stellen. Nur wer die religiösen, kulturellen und historischen Grundlagen des Aufnahmelandes akzeptiert, respektiert und annimmt, kann ein dauerhaftes Bleiberecht erwarten. Der Erwerb der jeweiligen Staatsbürgerschaft muß regelmäßig an eine überprüfbare, gelungene Integration gekoppelt werden.

Die Beziehungen der Staaten Europas sind im Geiste der Freiheit und Gleichberechtigung der einzelnen Völker zu gestalten. Dazu gehört insbesondere ein fairer Interessenausgleich in den Politikfeldern der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Solidarität innerhalb Europas wird gefährdet, wenn unterschiedliche, von der Leistungsfähigkeit der Staaten unabhängige Finanzierungs- und Förderbedingungen eine Schieflage erzeugen. Die unselige Teilung der Union in Nettozahler- und Nettoempfängerstaaten muß dringend revidiert werden. Auch hier hat der sittliche Grundsatz zu gelten: „Jedem das Seine“ statt „Jedem alles“. Wer Rechte in Form von Gemeinschaftsleistungen erwartet, muß zunächst bereit sein, seine Pflichten - auch in Form von Reformen nach innen - zu erfüllen.

Die Institutionen der Europäischen Union sind dem Charakter eines Bundes gleichberechtigter Staaten anzupassen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur der dringende Abbau von Bürokratie und Regulationswut anzusprechen, der dem Grundprinzip der „Subsidiarität“ zuwiderläuft. Sowohl Legislative als auch Exekutive auf europäischer Ebene müssen den demokratischen Strukturen der Mitgliedsstaaten entsprechen. Ministerrat und Kommission sind endlich der uneingeschränkten parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlamentes zu unterstellen. Letzteres darf allerdings nicht weiter zu einer Versorgungsstation abgehalfterter Politiker verkommen. Der mehrfach unterbreitete Vorschlag, die Straßburger Volksvertretung im Verhältnis zu den Bevölkerungsstärken sowie der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Länder aus Vertretern der Nationalparlamente zu bilden, sollte ernst genommen werden.

Am Schluß noch ein Wort zu unserem eigenen Land. Im Konzert der gleichberechtigten Nationalstaaten Europas muß Deutschland endlich seinen angemessenen Platz einnehmen

dürfen. Hierzu gehört unabdingbar, die letzten Relikte der Niederlage im Zweiten Weltkrieg zu beseitigen. Die demütigende „Feindstaatenklausel“, die auf der Ebene der Vereinten Nationen noch immer rechtliche Gültigkeit hat und Deutschland in diskriminierender Weise mit willkürlichen Zwangsmaßnahmen der ehemaligen Siegermächte bedroht, ist unverzüglich zu tilgen. 60 Jahre nach Kriegsende ist dies ein überfälliger Akt, der nicht nur den Geboten der Fairneß entspräche, sondern auch der gegenseitigen Vertrauensbildung dienen würde. Doch auch Deutschland selber muß seinen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft europäischer Staaten gründlicher nachkommen. Längst überfällige, durchgreifende Reformen „an Haupt und Gliedern“ sind energisch anzugehen. Dies wird gleichwohl nur erfolgreich sein, wenn das deutsche Volk sich aus dem gemütlichen Bett einer liberalistischen Wohlstandsgesellschaft erhebt, die seit Jahrzehnten durch eine jedes Maß der Moral sprengende Schuldenwirtschaft finanziert wird. Die alten deutschen Tugenden des Fleißes, der Disziplin, der Bescheidenheit, der Sparsamkeit und der Ordnungsliebe müssen auch und gerade in den jüngeren Generationen wieder ihren Wert erhalten und in praktische Tat umgesetzt werden. Dazu gehört zweifellos auch das Recht, auf das eigene Vaterland, das eigene Volk, seine Geschichte und Tradition stolz sein zu dürfen. Wozu würde sich sonst die harte Arbeit lohnen? Nur um des materiellen Lohnes willen? So kann der Mensch nicht leben. Er braucht höhere Ideale und geistige Ziele. Der Ausbruch der Deutschen aus der Geiselhaft nationaler Demütigung und Selbstgeißelung wird ein wesentlicher Teil der Gestaltung unserer Zukunft in einem freien und selbstbewußten Europa sein.

(Stand März 2007)

Der Autor ist Leiter der Regio Kiel der SWG